



Verteilsfähiger Abonnementspreis in Breslau 2 Ekt., außerhalb incl. Porto 2 Ekt. 11/4 Ekt. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzehnjährigen Zeitung in Vertischrift 1/4 Ekt.

Expedition: Serrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 50. Mittags-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. Januar 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Southampton, 29. Jan. Die Sonderbundscommissare Mason und Elidell sind am Bord des Paketboots „La Plata“ heute Morgen hier eingetroffen.

Paris, 29. Jan. Unter den der Legislative vorgelegten politischen Aktenstücken befinden sich zwei Depeschen Thovenens, in welchen derselbe gegen den Gedanken einer Annexion der Insel Sardinien protestirt.

Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht eine Note des Fürsten Gortschakoff vom 21. an den russischen Bevollmächtigten, v. Stödel, in Washington. In derselben heißt es: Der Kaiser habe mit der größten Genugthuung seine Erwartungen durch den Entschluß der Bundesregierung bestätigt gefunden. Der Kaiser hoffe, daß dieselbe Weisheit und Mäßigkeit in dem Gange der inneren Schwierigkeiten herrschen werde. Der Kaiser sei überzeugt, daß die Bundesregierung die politische Erwägung der inneren Fragen über die Volkswirtschaften stellen werde. Der Kaiser würde mit Genugthuung sehen, wenn die Union sich durch verhältnißliche Schritte wieder befestige; die Aufrechterhaltung der amerikanischen Macht sei zur Erhaltung des Gleichgewichts der allgemeinen politischen Lage im höchsten Grade nützlich.

Turin, 28. Jan. Es geht das Gerücht, daß Bosco sich mit Chiavone vereinigen werde.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordneten-Haus.

In der heutigen Sitzung wurde einerseits von der Fortschrittspartei, andererseits von der Fraction Grabow ein Antrag in Beziehung auf die kurhessische Sache eingebracht.

Der von Herrn Birchow und andern Mitgliedern der Fortschrittspartei eingebrachte Antrag lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, daß die künftl. Staatsregierung aufzufordern, nunmehr — in weiterer Verfolgung des von ihr in der kurhessischen Frage eingenommenen und in den Sitzungen des Bundestages vom 12. Nov. 1860, 17. und 24. März 1861 dargelegten Standpunktes, so wie in Uebereinstimmung mit dem in der Bundestagsführung vom 4. Juli 1861 eingebrachten Antrage der großherzoglich badischen Regierung — alle ihre Mittel einzusetzen für die Wiedererreichung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere für eine sofortige Verlegung der hiesigen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erklärungen und daran vorgenommenen Abänderungen, und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849.“

Motive: Die fortschreitende Auflösung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Kurhessen; das neueste Vorgehen der kurfürstlichen Regierung bei Auflösung der noch nicht eröffneten zweiten Kammer, die Mittheilung der früheren preussischen Regierung an der Einleitung des gegenwärtigen Zustandes in Kurhessen.

Der zweite, von den Abgeordneten Bürger und v. Sanger eingebrachte, und von 60 andern Mitgliedern der Fraction Grabow unterzeichnete Antrag lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Erwägung:

- 1) daß die in Kurhessen schon seit Jahren dauernde Störung des öffentlichen Rechtszustandes nicht bloß jenes Land schwer bedrückt und das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes verletzt, sondern auch, da sie aus einer rechtswidrigen, die Verfassungen der deutschen Staaten gefährdenden Anwendung der Bundesgesetze hervorgegangen ist, für ganz Deutschland den Gesandten ernstlicher Beunruhigung bildet;
- 2) daß die preussische Staatsregierung bereits im Jahre 1859 in offizieller Form erklärt hat, daß die Wiederherstellung der im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung vom Jahre 1831 — wie sie zwanzig Jahre hindurch in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat — der einzige Weg sei, jenen Theil Deutschlands in seine Rechtszustände zurückzuführen;
- 3) daß auch das kurhessische Volk — und zwar selbst durch das Organ derjenigen Landesvertretung, welche nach den eigenen Vorschlägen der Regierung und unter ihrem Einflusse gebildet wurde — mit einer Sinnthätigkeit und Beharrlichkeit, welche die lebhafteste Theilnahme Deutschlands erregen, an jener Verfassung festhält und deren Wiederherstellung verlangt;
- 4) daß dagegen die kurhessische Regierung fortwährend, diese Wiederherstellung zu verlagern, sogar der von ihr verübten Verfassung zuwiderhandelt und dem Lande selbst diejenigen Rechte verkümmert, welche durch diese rechtswidrige eingeführte Verfassung unangetastet geblieben sind;
- 5) daß bei den weiteren Vorgehen der kurhessischen Regierung auf diesem Wege die Beförderung der verfassungsmäßigen Ordnung in jenem, dem Machtgebiete Preußens sich anschließenden Lande nahe tritt; erkläre das Haus der Abgeordneten es als dringend geboten:

„daß die königliche Staatsregierung schleunigst mit Nachdruck auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen hinarbeite.“

Motive. Die in den obigen Erwägungsgründen enthaltenen Thatsachen und die Pflicht des neu gewählten Abgeordnetenhauses, sich über die, die Interessen Preußens so nahe berührende kurhessische Angelegenheit, den neutralen Vorgängen gegenüber, ebenso auszusprechen, wie dies in der vorigen Legislaturperiode geschehen ist.

Beide Anträge wurden an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Ferner ist eingebracht ein Antrag des Abg. Wächler, welcher den im vorigen Jahre von dem Justizminister eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen wieder aufnimmt, und dem Hause die Genehmigung des Antrags empfiehlt. Die Motive erörtern die Nothwendigkeit, das Kompetenzkonfliktgesetz von 1854 zu beseitigen, und nehmen insbesondere dabei Bezug auf die gegenwärtige Regierungsvorlage, betreffend die Ordnung der ländlichen Polizeiverwaltung. Die neuen Autoritäten, welche hier geschaffen werden sollten, würden nur durch Beseitigung des Gesetzes von 1854 sich begründen lassen. Dieser Antrag geht an die Justizcommission.

Zur Tagesordnung steht zunächst Wahlprüfungen. Die Wahlen im 7. mairiederlichen Wahlkreise (Kr. Ger. Dir. Albrecht und Kreisrichter Dechowitz) werden von der Abtheilung aus mehrfachen Ursachen bemängelt. Die Wahlmännerversammlung ist bei dem Wahlacte nicht abgehalten worden, sondern eine große Anzahl Unbefugter hat sich zugleich im Wahllokale befunden. Die Abstimmen sind nicht vor dem Wahllokale getreten, sondern haben aus allen Winkeln des Wahllokales her ihre Stimmen abgegeben; ein Wahlmann hat doppelt gestimmt; gegen einige Wahlmänner ist physischer Zwang geübt worden, um ihr Bistum für die gegenwärtig Gewählten zu erlangen u. s. w. Die Abtheilung trägt deshalb darauf an, diese Wahlen auf so lange zu beanstanden, bis eine Vereinsnahme über jene, in einem Protest von 94 Wahlmännern niedergelegten Beschwerden seitens des Ministers veranstaltet sei. Nach kurzer Debatte, in welcher zwei polnische Abgeordnete die Erheblichkeit jener Beschwerden bekämpfen, Abg. von Hennig dieselben aber aufrecht erhält, tritt das Haus dem Antrage bei und bestimmt zugleich, einem Vorschlage des Abg. Wachsmuth gemäß, daß zur Beweisführung auch die Vernehmung des Wahlvorstandes zu veranlassen sei. — Die Wahlen im dortmunder Kreise, darunter auch die des Dr. Beder werden auf Antrag der 7. Abtheilung genehmigt.

Gegen die Wahl des Abg. für Neuwied, Kreisrichter Dahmann, ist ein Protest von fünf Wahlmännern eingegangen, deren Wahl von der Wahlmännerversammlung für ungültig erklärt worden, weil der betreffende Wahlvorstand nicht vereidigt gewesen. Sie erklären, daß sie gegen Dahmann gestimmt haben würden, was bei der geringen absoluten Majorität, die derselbe erhalten, entscheidend gewesen wäre. Es hat sich später herausgestellt, daß die Wahlvorstände nachträglich verpflichtet sind. Die Abtheilung beantragt die Gültigkeitserklärung, da die Versammlung wohl befugt gewesen sei, die betreffenden Wahlmänner auszuscheiden.

Abg. Plafmann ist entgegengeiteter Ansicht, daß die Vorschrift, daß der Wahlvorstand zu vereidigen sei, nicht so wesentlich wäre, um eine Ausschließung der Wahlmänner nach sich zu ziehen. In der Wahlmännerversammlung sei auch nicht ganz regelrecht verfahren, so u. A. einzelnen Wahl-

männern das Wort abgeschnitten worden. Der Abg. beantragt Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Veugheem widerspricht den rechtlichen Ausführungen des Vorredners und bestreitet seine thatsächlichen Ausführungen, da er selbst der Wahlmännerversammlung angehört habe und daher wisse, daß die Wahlcommission dieselbe vollständig ordnungsmäßig geleitet. Gegen die Ausschließung der Wahlmänner sei kein Widerspruch erfolgt. Die eidliche Verpflichtung des Wahlvorstandes vor der Wahl müsse er als eine eben so wesentliche Gesetzesbestimmung ansehen, wie die Zuziehung eines vereideten Protokollführers bei Testamenten. Er berufe sich daher auf die Praxis des Hauses, welches nur dann die Entscheidung der Wahlmänner-Versammlung angefochten, wenn dieselbe auf unrichtigen Thatsachen beruhe oder gegen eine ausdrückliche Bestimmung des Gesetzes sich richtete. In ersterer Hinsicht habe er sich bereits geäußert, was den zweiten Punkt betreffe, so sei die bezügliche Entscheidung gerade auf die Aufrechterhaltung der Gesetzesbestimmungen gerichtet gewesen. Er bitte daher, die Wahl des Abg. Dahmann für gültig zu erklären.

Abg. Kohlen verwarf sich gegen den Verdacht, als ob er im Interesse seiner Partei (katholische Fraction) gegen die Gültigkeit der Dahmann'schen Wahl spreche. Die Wahlmännerversammlung sei nicht befugt gewesen, die Ungültigkeit jener Wahlmännerwahlen auszusprechen; letztere müßten jedenfalls noch maß gewählt werden, weil sonst eine Anzahl Urwähler, die jedenfalls gesetzlich gewählt, ihres Wahlrechts beraubt würde. Er schließe sich daher dem Antrage auf Ungültigkeitserklärung der Dahmann'schen Wahl an.

Die Wahl des Abg. Dahmann wird für gültig erklärt; dagegen stimmen die Katholiken, die Polen, und einige Abgeordnete auf der Linken. Darauf erfolgt die Vereidigung von 68 Abgeordneten. Die Sitzung schließt um 3 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt, da noch kein Material vorliegt.

Berlin, 29. Jan. [Amtliches.]

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geh. Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Carl Pasch zu Ehrenbreitstein den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Hüttenamts-Direktor, Bergath Kallide zu Gleiwig und dem Rentanten Ober-Bergamts-Hauptkasse zu Dortmund, Hauptmann a. D. v. Grolman den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Bergath Forster zu Waldenburg, dem Kassen-Controleur und Buchhalter, Rechnungs-Rath Walter zu Bochum, dem Kreisassessor-Rendanten, Rechnungs-Rath Knuth zu Danzig, dem Forstassessor-Rendanten und Domänenamts-Polizei-Verwalter Schmitzen zu Grüssau im Kreise Landeshut und dem Ober-Post-Sekretär Hoffmann zu Erfurt den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem herzoglich braunschweigischen Hauptmann v. Praun im Leib-Bataillon den königl. Kronenorden vierter Klasse, so wie dem Stallmeister Gottlieb Schaeffler beim westfäl. Landgestüt zu Warendorf und dem Schulzen Johann Friedrich August Puhlmann zu Neu-Madlich im Kreise Lübbo das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Ober-Post-Sekt. Mißling in Danzig bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Titel als „Rechnungs-Rath“, so wie dem Kreis-Physikus Dr. Becker zu Neuruppin den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Apotheker Eugen Sinogowiz zu Pankow das Prädikat eines königl. Hof-Apothekers zu verleihen.

Dem Dr. Fuhlrott, Oberlehrer an der Realschule zu Eberfeld, ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Horwitz in Liebenwerda ist vom 1. April d. J. ab in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Grünberg mit Verleihung des Notariats im Departement des königlichen Appellationsgerichts zu Glogau und mit Anweisung seines Wohnsitzes in Grünberg versetzt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Betriebs-Direktor der Köln-Mindener Eisenbahn, Baurath Theodor Leopold zu Deutz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des großherzoglich luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu erteilen. (St.-M.)

Berlin, 29. Jan. [Vom Hofe.]

Beide königlichen Majestäten beehren gestern Abends mit Allerhöchster Gegenwart die Gesellschaft bei dem Minister v. d. Heydt. — Ihre Majestät die Königin geruhen, das Atelier des Professors Drake zu besuchen und das von demselben gefertigte Standbild Sr. Majestät des Königs für die Brücke in Köln in Augenschein zu nehmen. — Morgen Abend haben die königlichen Majestäten einen Ball in dem Fest-Saale des königl. Schlosses befohlen. — Se. Majestät der König begaben sich heute Morgen 8 Uhr mit Ihren k. H. dem Kronprinzen, den Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, dem Prinzen August von Württemberg, Sr. Durchlaucht dem Grafen Wilhelm Radziwill, den Ministern Gen.-Lieutenant v. Noon, Graf v. Bernstorff und Freiherrn v. Schleinitz, dem General-Adjutanten v. Alvensleben, dem Oberstämmerer Graf v. Redern, dem russischen Militärbevollmächtigten Grafen v. Adlerberg, dem Oberjägermeister Grafen v. d. Assburg und anderem Gefolge zu der Treibjagd, welche heute auf dem bornstäter Felde bei Potsdam und in den königlichen Gärten bis nach dem Wildpark zu abgehalten wurde. Das Rendezvous zu dieser Jagd war 9 1/2 Uhr bei den neuen Drangeriehäusern, und das Dejeuner wurde im Freien eingenommen. — Se. k. H. der Prinz Karl hielt heute Vormittag in seinem Palais ein Kapitel des Johanniter-Ordens ab. Nachmittag findet bei Seiner königlichen Hoheit ein Diner statt, dem auch die Mitglieder des Ordenskapitels beiwohnen.

Berlin, 29. Jan. [Sobbe-Pucki.]

Die „Allg. Berl. Z.“ schreibt: Wir haben sorgfältig alle Mittheilungen der Presse registriert, welche von den Freunden des Lieutenants v. Sobbe ausgehen, um nach allen Seiten hin gerecht zu werden. Sie enthalten aber nicht das Mindeste, was zur Sache gehört. Die Lage ist nach dem, was bisher bekannt geworden, folgende. — Ein Offizier kommt Nachts mit einigen Freunden vor ein Haus, fordert, da nicht gleich geöffnet wird, unter Scheltworten Einlass, der aufgestörte Hausknecht schilt wieder, einer der Freunde fordert den Offizier auf, ihn zu erschrecken, und das geschieht wirklich. Dafür soll fünfjährige Festungshaft ohne Diensten-tlassung erfolgen sein; der Offizier kann also, nach Abbüfung seiner Haft, als obrigkeitliche Person fungieren. Die Sache scheint uns so ernst, daß die Landesvertretung ein Wort mitsprechen muß. Zuerst muß der Thatbestand konstatirt werden — bisher handelt es sich nur um außerordentliche Mittheilungen —; verhält es sich wirklich so, so ist ein Antrag auf gesetzliche Remedur des gegenwärtigen militärischen Strafverfahrens unerläßlich. — Denn der Zweck der Gesetze ist, Leben und Eigenthum des Bürgers zu sichern; ein Strafverfahren obiger Art — falls es damit seine Richtigkeit, würde diesem Zwecke nicht entsprechen. Die Regierung hat in Anbetracht der Militär-vorfälle alle Ursache, der Landesvertretung in dieser Beziehung einen Schritt entgegenzukommen.

Sensburg, 25. Jan. [Nachwahl.]

Da Herr v. Hoberbed seine Wahl als Abgeordneter für den Wahlbezirk Sensburg-Orielsburg

abgelehnt hatte, fand in Weißen am heutigen Tage eine Nachwahl statt, und erhielt, nach der „R. H. Z.“, im ersten Wahlgange Herr Kreisrichter Bellier de Launay aus Orielsburg die absolute Majorität. Von den 102 abgegebenen Stimmen erhielt er 56, Gutsbesitzer Troje aus Sdrojowen 31, Lehrer Strodski-Sensburg 8, Pfarrer Maroska-Passenheim 6, Gutsbesitzer Stern 1 Stimme.

Deutschland.

Karlsruhe, 25. Jan. [Juden-Emancipation.] Der Begründung des bereits erwähnten Gesetzentwurfs über die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Baden entnehmen wir nach der „Karlsruh. Ztg.“ folgende Stellen: „Die Hinwegräumung der letzten Hindernisse, welche nach der jetzt bestehenden Gesetzgebung noch der völligen Gleichstellung der Israeliten mit der christlichen Bevölkerung des Landes entgegenstehen, ist nicht nur vom Standpunkte der Humanität und Civilisation eine unabwiesbare Forderung der Gerechtigkeit; sie ergibt sich auch in logischer Nothwendigkeit aus der folgerichtigen Entwicklung der Grundzüge unserer Verfassung, insbesondere des Grundgesetzes, daß die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte unabhängig sein solle von der Confession. Die Gleichheit der Rechte, welche bei dem höheren politischen Verhältnisse zum Grundsatze erhoben ist, kann unmöglich auf die Dauer den untergeordneten gemeindegemeinlichen Beziehungen verweigert werden. Jeder prinzipielle Einwand gegen die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten ist damit von vornherein beseitigt, und Angesichts der auf dem letzten Landtag über diese Frage in der zweiten Kammer stattgehabten Verhandlungen fürchtet die großherzogliche Regierung nicht, einem solchen Einwand bei der Landesvertretung zu begegnen. Die Verwirklichung der völligen Emancipation der Israeliten erscheint in der That dormalen nur als eine Frage der Zweck- und Zeitgemäßheit, und in keinem andern Sinne wurde sie auch seit dem Bestehen der Gesetzgebung von 1831 in den Verhandlungen der Stände aufgefaßt. In Bezug auf die christliche Bevölkerung des Landes aber hält die großherzogliche Regierung an der Ueberzeugung fest, daß es einen ganz unberechtigten Zweifel in das natürliche Gerechtigkeitsgefühl und den gesunden Sinn des Volkes setzen hieße, wollte man jene Frage unter den jetzigen Umständen verneinen und annehmen, daß auch nur eine große Minderheit im Volke geneigt sei, einer Klasse von Staatsangehörigen, welche längst alle Staatspflichten mit derselben Bereitwilligkeit wie andere Confessionsangehörige erfüllt, bloß um ihrer Religion willen in einer sehr wichtigen Beziehung die Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern vorzuenthalten. Bei solcher Sachlage glaubt die großherzogliche Regierung auf die Zustimmung der Stände zur enblichen Beseitigung des nun mehr als 30jährigen Provisoriums im Rechtszustand der Israeliten bezüglich der Gemeinden um so mehr dann zählen zu können, wenn, wie es geschieht, gleichzeitig für den Uebergang solche Bestimmungen vorgeschlagen werden, welche geeignet sind, die Interessen der im Besitz befindlichen christlichen Generation vor wesentlicher Beeinträchtigung zu bewahren.“

Frankreich.

Paris, 27. Jan. [Eröffnung der Session.] Heute um 1 Uhr fand im großen Saal des Louvre-Palastes die Eröffnung der Kammer-Session statt. Schon um 10 Uhr Morgens hatte sich eine große Anzahl Personen dort eingefunden. Die Senatoren und Deputirten hatten die Mitte des Saales, dem Throne gegenüber, eingenommen; hinter denselben befanden sich die Staatsräthe, die Cassationsräthe, die Deputirten der Offiziere der Ehrenlegion, die Rechnungsräthe, die Akademiker und die Geistlichen. Der Seine- und Polizeipräsident, so wie eine Masse Generale und andere Personen in Uniform waren ebenfalls anwesend. In der auf der rechten Seite liegenden Gallerie befand sich das diplomatische Corps, worunter der päpstliche Nuncius, und die Gesandten der Türkei, Persiens und Nordamericas am meisten Aufsehen erregten. In der Gallerie, den Diplomaten gegenüber, hatten die Frauen der Minister und Großwürdenträger Platz genommen. Kanonendonner verkündete einige Minuten vor ein Uhr, daß der Kaiser die Tuilerien verlassen hatte, um sich nach dem Louvre-Saale zu begeben. Eine starke militärische Escorte umgab seinen Wagen. Beim Eintritt in den Saal wurde er mit Hochs empfangen. Der Kaiser bestieg sofort den Thron; neben ihm nahmen der Prinz Lucian Bonaparte, der Prinz Joachim Murat und der Prinz Lucian Murat Platz. Der Prinz Napoleon, der noch immer krank ist, war abwesend. Die Kaiserin, der kaiserliche Prinz, die Prinzessinnen Mathilde und Clotilde, sowie die Prinzessinnen Anna und Lucian Murat hatten sich einige Minuten vor dem Kaiser eingefunden. Um den Thron herum standen die Prinzen des kaiserlichen Hauses, die Minister und Großwürdenträger. Der Kaiser hielt seine Rede mit kräftiger Stimme. Sie erregte keine besondere Sensation, wenn sie auch oft von dem Beifall der Anwesenden unterbrochen wurde. Zwanzig Minuten nach ein Uhr war die ganze Feierlichkeit zu Ende. — Die Rede des Kaisers, die von dem „Pays“, dem „Temps“ und der „Opinion Nationale“ schon um 2 1/2 Uhr auf der Straße verkauft wurde, machte keinen besonderen Eindruck. Auf die Börse blieb sie ohne Einfluß. Was der Kaiser über das Ausland sagt, ist ohne große Bedeutung. Die Finanzen nehmen ihn allein in Anspruch, und darüber hatte Hr. Fould schon zu viel aus der Schule geplaudert, als daß der Kaiser etwas Neues hätte sagen können. Merkwürdig bleibt dieserhalb die Rede aber doch immer, denn es hat den Anschein, als ob der Kaiser plötzlich constitutionnell austräte und nur die Ideen seiner Minister ausdrücke. Das „Sch“ tritt in der heutigen kaiserlichen Rede mehr in den Hintergrund, und schließlich bemerkt er sogar, daß ihn das Volk für die Leiden, die es erdulde, nicht verantwortlich machen könne. — Wie der „Messager du Midi“ meldet, ist die Einschiffung der Truppen nach Mexico aufgeschoben worden. Wie es heißt, wurde diese Maßregel ergriffen, weil die mexicanische Regierung friebliche Propositionen hat machen lassen.

Großbritannien.

London, 27. Jan. [Urtheil der „Times“ über Fould's Budget.] Das Budget des Herrn Fould erfährt von Seiten der „Times“ noch fortwährend eine günstige Beurtheilung. Sie räumt ein, daß wohl Mancher sich in seinen Erwartungen getäuscht haben und Angesichts eines so gewaltigen Defizits einschließere Schritte zu einer rascheren Verminderung desselben erwartet haben möge. Allein man dürfe von Herrn Fould nicht mehr verlangen, als man von ihm zu verlangen ein Recht besitze. Das Budget habe Seiten, die mehr politischer, als finanzieller Natur seien, und hier höre die Macht des Finanzministers auf. „Mit den Finanzen Frankreichs“, — sagt die „Times“, — „verhält es sich ähnlich, wie mit den Finanzen Indiens.“ Es handelt sich nicht um ein Rechen-Gewinn, sondern um eine große und durchgreifende Reduktion der Ausgaben. Wir schicken Leute nach Indien, die recht gut im Rechnenwesen bewandert waren; allein es zeigte sich bald, daß es darauf nicht ankam, sondern auf die Abschaffung kostspieliger und überflüssiger Einrichtungen. Ueber die Dinge muß der Kaiser urtheilen, und nicht sein Finanzminister, und wir können nicht sagen, daß er schlecht urtheilt, indem er die Ausgaben für das Heerwesen nur langsam ermäßigt, ehe wir uns eine bestimmte Meinung über die Politik und Lage Frankreichs gebildet haben. Dazu aber liegt uns das Material nicht vollständig vor. Wir können zwar einräumen, was der Kaiser ja auch selbst nicht in Abrede stellt, daß eine Verminderung des Heeres zweckmäßig ist und 20,000 Mann weniger während des vorigen Jahres und 46,000 Mann weniger während dieses Jahres Reduktionen sind, welche der Größe der Gelegenheit kaum entsprechen. Aber wir wissen nicht, was für Gefahren der Kaiser vor sich sehen, was für innere Erschütterungen

gen er niederzulegen, welchen auswärtigen Kämpfen er die Stirn zu bieten haben mag. Ueber diese Dinge hat Herr Fould keine Gewalt und ihn mindestens kann deshalb kein Vorwurf treffen.

Die für die Hinterbliebenen der 119 verunglückten Kohlenarbeiter geschickten Beiträge belaufen sich bis jetzt auf 4-5000 Fl. St.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. Der Prozeß des Obersten Hayez ist im Laufe der verfloffenen Woche drei Tage lang vor den Schranken des Militärgerichtes verhandelt worden.

Portugal.

[Unruhen.] Wie das in Madrid erscheinende Blatt „El Reino“ meldet, sind zu Loulé in der portugiesischen Provinz Algarvien bei Erhebung der Steuern ernste Unruhen ausgebrochen.

Sien.

Der Klobdampfer Pluto brachte die ostindisch-chinesische Ueberlandpost aus Kalkutta, bis zum 23. Dez., Singapore 21. Dez., Hongkong 14. Dez.

Aus Hongkong, 15. Dez., wird der „Times“ geschrieben: „Die preussische Fregatte Arcona ist nach Bangkok abgesegelt.

Breslau, 30. Jan. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Klosterstraße Nr. 3 drei Stück bunt gefiederte Cochinchina-Hühner.

ses, mittelst Einsteigens durchs Fenster, ein schwarzer Pelz mit grünem Lederzuge und Fischeitertragen, zwei große Wandspiegel mit Goldrahmen, eine Wanduhr, eine braune Tuchmütze und das Billardtuch durch Ausschneiden desselben vom Billard.

Verloren wurden: ein grauledernes Portemonnaie mit 1 Thaler 6 Sgr. Inhalt; eine Reisetasche.

Gefunden wurde: ein Zweithalerstück. (Pol.-Bl.)

Breslau, 25. Jan. [Personalien.] Herr Fürstbischof Heinrich hat: 1) den Jubilar, Expriester und Pfarrer Dürre in Kofenblut, 2) den Expriester, Kreis-Schulen-Inspektor und Pfarrer Florian Birnbach in Neuzelle zu geistlichen Räten und 3) den bish. Gen.-Vicariats-Amts-Assessor Dr. utr. jur. Robert Janke zum Rathe bei dem Gen.-Vicariats-Amte ernannt.

Der Literat Friedr. Wilh. Fischer ist Herausgeber des „Schles. Industrieblattes“, in welchem im vorigen Jahre ein Artikel, „über die unbegrenzte Gewerbefreiheit“ erschien.

Oppeln, 18. Januar. [Personal-Chronik.]

Bei dem Kreis-Gericht zu Oppeln. Ernann: Der interimistische Bote und Exekutor Rudolph Sperber zum Boten und Exekutor definitiv mit der Funktion bei der Gerichts-Commission Carlshub, und der interimistische Gefangenwärter Joseph Lasinka zu Oppeln definitiv zum Gefangenwärter.

Meteorologische Beobachtungen.

Die Stärke des Windes ist durch Zahlen von 0 bis 4 bezeichnet, so daß 0 gänzliche Windstille, 4 aber Sturm bedeutet.

Table with columns: Stationen, Barometer bei 0° N., Lufttemperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand. Includes data for Am 27. Januar, 8 Uhr Morgens and Am 29. Januar, 8 Uhr Morgens.

Table with columns: Stationen, Barometer bei 0° N., Lufttemperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand. Includes data for Breslauer Sternwarte.

Breslauer Sternwarte.

Table with columns: Stationen, Barometer bei 0° N., Lufttemperatur, Wind, Allgemeiner Witterungs-Zustand. Includes data for 29. Januar, 10 Uhr Abends and 6 Uhr Morgens.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 29. Jan., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 71, 55, fiel bei starkem Angebot auf 71, 22 1/2 und schloß in trüger Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 1/2 Proz. waren 92 1/2 eingetroffen.

am Schluß der Börse, einen merklichen Druck. Anfangs wurde meist mit weiteren um Zehn ansehnlichen Coursesteigerungen gehandelt.

Berliner Börse vom 29. Januar 1862.

Large financial table containing sections: Fonds- und Goldcourse, Anleihen, Aktien-Course, Wechsel-Course, and various bank and commodity prices.

Berlin, 29. Jan. Weizen loco 68-82 Thlr. nach Qualität.

Woggen loco 79-80 Pfd. 52 1/2 - 1/2 Thlr. frei Haus und ab Bahn bez., untergeordnet 52 1/2 Thlr. frei Bahn, 82-85 Pfd. 53 1/2 Thlr. frei Bahn bez.

Stettin, 29. Jan. Weizen lauer loco pr. 85 Pfd. gelber galizischer

73-76 1/2 Thlr. bez., weißer traurer 79-81 1/2 Thlr. bez., pomn. u. märkr. 75-78 1/2 Thlr. bez., 83-85 Pfd. gelber pr. Frühjahr 82 1/2 - 1/2 Thlr. bez.

Breslau, 30. Jan. Wind: Süd. Wetter: starker Regen.

Thermometer früh 2° Wärme. Eisstand. Die Getreide-Zufuhren waren am heutigen Landmarkt mittelmäßig gut, die Kaufkraft zeigte sich jedoch zurückhaltend und so blieb eine laue Stimmung vorherrschend.